

BAHN 2030

Graubünden verliert

Die Botschaft der Pressekonferenz des Bundesamtes für Verkehr (BAV) und der SBB vom 23. März zum Thema „Bahn 2030: Weiterentwicklung der Bahninfrastruktur“ lässt keine Zweifel offen. Das Pendel schwingt in die andere Richtung: Nord-West oder Nord-Süd, jedenfalls nicht in die Südostschweiz.

Im März 2009, als das Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEBG) verabschiedet wurde, konnte man noch optimistisch sein. Der Bundesrat wurde dabei beauftragt, eine Vorlage über die weitere Angebotsentwicklung und den weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur **in allen Landesteilen** zu unterbreiten. Aus der Sicht des Kantons Graubünden hatte man zumindest auf die Behebung des Kapazitätsengpasses am Walensee gehofft, denn der Einspurabschnitt bei Mühlehorn verursacht eine starke Verlangsamung des Bahnverkehrs und stellt eine hohe Hürde für den Halbstundentakt Chur-Zürich dar. Eine eindeutige qualitative Verbesserung der Anbindung zwischen Chur und Zürich bzw. dem internationalen Bahnnetz kann, ohne Ausbau der Strecke entlang des Walensees, kaum realisiert werden.

Die Behebung des Engpasses am Walensee ist jetzt zwar in den Medienunterlagen des BAV als mögliche Massnahme für den Fernverkehr enthalten. Aber leider wird diese Massnahme nur in der Liste der 2. Priorität aufgeführt. Aus den Unterlagen der Medienkonferenz ist darüber hinaus abzuleiten, dass BAV-Direktor Max Friedli und SBB-Chef Andreas Meyer weder die Beseitigung des Einspurabschnittes am Walensee forcieren noch die Anliegen der weit entfernten Südostschweiz berücksichtigen wollen.

Im Rahmen der Vernehmlassung haben die Kantone bis Ende Mai dafür Zeit, ihre Eingaben nach Bern zu liefern. Für die Bündner Regierung, oder zumindest für eine Delegation derselben, bleibt meines Erachtens nur der Weg nach Bern. Es geht darum, Bundesrat Moritz Leuenberger, den Vorgesetzten des BAV-Chefs Friedli, davon zu überzeugen, dass Graubünden in dieser zentralen Frage für die Zukunft unserer Bevölkerung, nicht vergessen werden darf.

Es gibt Vorbilder hierfür, wie zum Beispiel das Tessin, das von Zeit zu Zeit, bei wichtigen Fragen, eine Regierungsdelegation nach Bern schickt und damit oft Erfolge verzeichnen kann.

Livio Zanolari, Chur